



Den Umstieg auf Busse und Bahnen soll der ÖPNV-Gutschein für Neubürger erleichtern. Grund für eine politische Auseinandersetzung zwischen der grün-schwarz-lila Koalition und dem SPD-Oberbürgermeister.

Foto: Guido Schiek

Streit um das Klimaticket entschieden

Koalition und Uffbasse beschließen nach Debatte voller Vorwürfe Einführung des ÖPNV-Gutscheins für Neubürger

Von Birgit Femppel

DARMSTADT. Am Ende konnte sich Oberbürgermeister Hanno Benz (SPD) mit seiner Ablehnung des Klimatickets für Neubürger nicht durchsetzen. Auch die FDP scheiterte mit ihrem Zusatzantrag, den bestehenden Beschluss einfach aufzuheben. Schließlich stimmten Grüne, CDU und Volt sowie Uffbasse und damit eine klare Mehrheit dafür. Und darum geht's: Im Zuge der gemeinsamen Haushaltskonsolidierung von Koalition und SPD wurde beschlossen, das bestehende Klimaticket für Neubürger und bei Autoverkehr umzuwandeln. Statt drei Monate kostenlose ÖPNV-Nutzung soll es nur einen 50-Euro-Gutschein geben, also: ein Monat 49-Euro-Ticket. Das spart der Stadt 990.000 Euro im Jahr. Die Umwandlung in den Gutschein kostet 190.000 Euro. In den 15 Monaten, in denen die Stadt das alte Klimaticket ausgegeben hat, wurde es 3632 mal an Neubürger ausgegeben. OB Benz hatte eine entspre-

chende Magistratsvorlage allerdings über Monate nicht auf die Tagesordnung des Magistrats gesetzt. Die Koalition und weitere Magistratsvertreter hoben die Vorlage mit einer Zweidrittel-Mehrheit drauf und stimmten in Benz' Abwesenheit darüber ab. Der OB begründete seinerseits in einer Stellungnahme seine Ablehnung. Am Donnerstag wiederholte Benz seine Argumentation: „Wir haben bereits hohe Belastungen beschlossen, die sollten nicht weiter ausgeweitet werden“, sagte er angesichts der Haushaltslage.

Die SPD sagt: Wirkung des Klimatickets nicht bewiesen

Die Städtetage hätten den Kommunen eine „verheerende Situation“ attestiert, das Defizit werde im kommenden Jahr mit 95 bis 100 Millionen Euro noch größer. Das neue Klimaticket sei eine freiwillige Leistung, sagte Hanno Benz, es koste 190.000 Euro an städtischen Mitteln „in einer Situation, in der es auf jeden Euro ankommt“. Er müsse als OB

die gesamte Situation in den Blick nehmen. Deshalb wolle er die bestehende Vorlage ersatzlos streichen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Roland Desch sagte, die Vorlage sei vier Monate im Verzug, weil der OB sich geweigert habe, sie auf die Tagesordnung des Magistrats zu setzen. Man müsse Anreize setzen, weniger aufs Auto und mehr auf den ÖPNV zu setzen. Das sei ein gutes Angebot für Neubürger. „Interessanterweise haben wir gemeinsam mit Koalition und Opposition bei der Haushaltskonsolidierung trotz aller Herausforderungen gesagt, wir haben herausragende Transformationsaufgaben, zu denen auch Klimaschutz und Anpassung gehören“, sagte Desch. „Heute wird behauptet, man habe das nie festgelegt.“

Selbst wenn das Angebot einen Anreiz schaffe, auf den ÖPNV umzusteigen, „stellen Sie sich nicht der aktuellen Haushaltssituation“, sagte der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Siebel. „Mir scheint, der OB ist der einzige,

der die Haushaltslage antizipiert hat.“ Die Wirkung des Klimatickets sei nicht bewiesen, „wird aber behauptet“, sagte Siebel. „So geht Klimawende nicht.“ Im Übrigen vermisse er eine Reaktion des Kämmers.

Kämmers: Ohne freiwillige Leistungen geht es nicht

Der zeigte sich „besorgt“. „Wir haben hier einen sehr breiten Konsens, dass eine Stadt ohne freiwillige Leistungen keine lebens- und liebenswerte Stadt ist“, sagte André Schellenberg (CDU). Hier würde „freiwilligen Leistungen ein parteipolitischer Stempel“ aufgedrückt. Alle müssten Interesse haben, dass Sport, Kultur oder Umwelt als freiwillige Leistung weiterhin finanziert würden. Wenn nicht: „Wer am dümmsten aus der Wäsche guckt mit Sport und Kultur, ist das Dezernat I“, sagte Schellenberg. Das Dezernat des OB.

„Wenn man in der Politik einen Punkt machen möchte, ist es beliebt, Dinge miteinander

zu vermischen“, sagte Mobilitätsdezernent Paul Wandrey (CDU). Dass seine Vorlage über Monate liegen blieb, sei rechtlich nicht zulässig. Die Verwaltung sei gehalten, politische Beschlusslagen umzusetzen, deswegen habe er so gehandelt. „Die alte Beschlusslage ist wesentlich teurer“, sagte Wandrey. Die Stadt spare, und die Vorlage sei nicht über das hinausgegangen, was vereinbart war, also habe der Kämmers zugestimmt.

Schützenhilfe erhielt Benz von der FDP: „Die freiwillige Leistung ist nicht mehr verantwortlich“, sagte Sven Beißwenger. Man werde sich angesichts der Lage um jeden Cent streiten. Auch die AfD kündigte an, nicht zuzustimmen.

Die gut anderthalbstündige Debatte hatte einen Nebenschauplatz: Die Frage, ob Dezernenten unabhängig vom OB Presseauskünfte geben können oder nicht. Siebel forderte eine Abschrift von Wandreys Rede an, um zu sehen, ob er dagegen verstoßen habe.

► KOMMENTAR